

Asienkrise

Frühwarnsystem angemahnt

Die Krise in Asien ist zugleich eine Krise der internationalen Finanzinstitutionen und ihrer wichtigsten Geldgeber, der G7-Staaten. Alle institutionellen Vorkehrungen, Beobachtungen und Einschätzungen von Experten reichten offenbar nicht aus, um rechtzeitig zu erkennen, welche Krise sich anbahnte und schließlich eintrat. Hinterher ist man immer schlauer, beim nächsten Mal will man es schon vorher sein.

Die Verbesserungen, die im Verlauf des Londoner Treffens gefordert wurden, verbinden richtig Erkanntes mit politisch kaum Durchsetzbarem: Alle relevanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Statistiken sollen rechtzeitig offengelegt und dabei vor der Öffentlichkeit verborgen werden (um nicht gewollte Ankündigungswirkungen zu vermeiden), die Finanzinstitutionen, deren Ruf beschädigt ist, sollen gestärkt, die privaten Sektoren der beteiligten Volkswirtschaften an den Kosten des Krisenmanagements beteiligt, und die Finanzsektoren stärker überwacht werden. »Alles in allem«, faßte der Direktor des Internationalen Währungsfonds die Konsequenzen zusammen, »erfordern diese Reformen großmaßstäbliche Veränderungen in binnenwirtschaftlichen Gewohnheiten, in Unternehmenskulturen und im Regierungsverhalten, was Zeit braucht.«

Die Durchsetzung in den Ländern, die von der Krise betroffen sind, ist schwer, die generelle Durchsetzung zur Prävention möglicher künftiger Krisen kaum leichter – zumal Zweifel an der Richtung unüberhörbar geworden sind: Wenn nur die Hoffnungen auf Wachstum und Prosperität nicht aus dem selben Stoff wären wie die Enttäuschungen über Fehlschläge und Krisen.

OECD

Multilateraler Investitionsschutz

Nach GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) und GATS (General Agreement on Trade in Services, Allgemeines Dienstleistungsabkommen) ist es an der Zeit für MAI, das Multilateral Agreement on Investment (Allgemeines Investitionsschutzabkommen), über das im Kreis der hochentwickelten OECD-Mitglieder seit 1995 verhandelt wird.

Das Abkommen ist ausdrücklich für alle interessierten Staaten konzipiert, nicht nur für OECD-Mitglieder. Gegenstand der Vereinbarung ist der Schutz ausländischer Direktinvestitionen (FDI genannt: Foreign Direct Investment), die als Motor der weltwirtschaftlichen Entwicklung gelten. Zwei Zahlen lassen den Wert eines solchen Abkommens erahnen: Das Volumen der FDI beträgt zur Zeit über 350 Mrd. \$ jährlich (mit steigender Tendenz), und es gibt etwa 1630 bilaterale Investitionsschutzabkommen.

Die zunächst für April vorgesehene Unterzeichnung ist einstweilen auf das Ende des Jahres verschoben worden. Grund hierfür sind vor allem die beiden amerikanischen Gesetze, welche ausländischen Unternehmen Strafe androhen, wenn sie enteignetes US-Eigentum in Kuba erwerben (Helms-Burton-Gesetz) bzw. sich im Iran oder in Libyen engagieren (d'Amato-Gesetz). Beide (»extraterritorialen«) Gesetze mißachten bewußt die Souveränität anderer Staaten und werden deshalb insbesondere von Europäern und Kanadiern vehement abgelehnt. Die Forderung der EU, Investoren aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten nur mit Einschränkungen Binnenmarktbedingungen einzuräumen (sogenannte REIO-Klausel), stößt umgekehrt in den USA auf Ablehnung. Schließlich laufen Umweltschutz- und Arbeitnehmerorganisationen Sturm gegen das Abkommen, da den international tätigen Unternehmen Rechte eingeräumt, aber keine Pflichten auferlegt werden (»Freibrief für die Multis«).

In wichtigen Punkten sind im Februar Fortschritte erzielt worden. So dürfen die Unterzeichnerstaaten ihre sozialen und Umwelt-Standards nicht senken oder In- und Ausländer unterschiedlich behandeln, um dadurch an Attraktivität für ausländische Investoren zu gewinnen. Der MAI-Beitritt soll vielmehr als eine Art Gütesiegel im globalen Standortwettbewerb angesehen werden. Ferner ist man sich einig darüber, daß die Liberalisierungsziele zunächst durch – allerdings umfassende – Ausnahmeregelungen eingeschränkt werden sollen, insbesondere, wenn nationale Sicherheits- und andere politische Interessen berührt werden. Ein Verfahren zur Lösung von Konflikten, die dritte Säule des Abkommens, ist noch nicht in Sicht.

Der Wert des Abkommens, wenn es denn zustande kommt, wird allenfalls darin bestehen, Rückfälle gegenüber dem Status quo im Kreise der Unterzeichnerstaaten zu verhindern. Das ist wenig, gemessen an dem, was gewollt war.

Deutschland

Bilanz 1997

Im Zeichen von Maastricht

Eine einheitliche Währung im wichtigsten ausländischen Absatzgebiet deutscher Produkte ist gut für die deutsche Volkswirtschaft, und stabil soll die gemeinsame Währung selbstverständlich auch sein. Drei der vier Ziele, die das magische Viereck der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik ausmachen, werden voraussichtlich günstig – oder wenigstens nicht ungünstig – beeinflusst: das wirtschaftliche Wachstum, die außenwirtschaftliche Absicherung und die Geldwertstabilität. Das Ziel der Vollbeschäftigung kommt nur indirekt vor, insofern Arbeitslosigkeit zu Steuerausfällen und öffentlichen Lasten führt, also die Kriterien Haushaltsdefizit und Schuldenstand, jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), ungünstig beeinflusst.

Während das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz keine Rangordnung der Einzelziele vorgibt, hebt das Vertragswerk zur Währungsunion von der güterwirt-

schaftlichen Betrachtung (einschließlich des »Produktionsfaktors« Arbeit) völlig ab zugunsten einer statistischen Verdichtung, welche den finanziellen Komponenten Vorrang einräumt. In dieser Betrachtung steht die deutsche Wirtschaft recht günstig da. Das Budgetdefizit ist gebändigt, der Schuldenstand nur wenig über der geforderten Obergrenze. Die Bewegungsrichtung des Schuldenstandes (von 60,4 % im Jahr 1996 auf 61,3 % im abgelaufenen Jahr) zeigt allerdings eher Divergenz als Konvergenz (1,3 % sind immerhin 47 Mrd. DM zu viel), und die Nachhaltigkeit der gebremsten Neuverschuldung muß erst noch erwiesen werden.

In die Befriedigung über das Erreichen dieser Ziele mischt sich Sorge über die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die Entlastung bei den direkten Steuern mit 1,9 % wurde durch die Erhöhung der Einnahmen aus indirekten Steuern um 2,3 % mehr als kompensiert. Die Erhöhung der Sozialabgaben um 3,7 % ist direkt beschäftigungsfeindlich, zumal sie kein Opfer zugunsten einer dringend gebotenen nachhaltigen Sanierung darstellt, sondern vorwiegend der Erzielung öffentlicher Einnahmen dient: Ein solches »window dressing« (ein Schönen der Bilanz), welches das größte nationale Problem real verschärft, ist schädlicher als »kreative Buchführung«. Die Kürzungen bei den Ausgaben schließlich trafen mit 9,4 % ausgerechnet diejenigen für öffentliche Investitionen am härtesten.

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz fällt entsprechend ungünstig aus. Das Wachstum blieb trotz Ausfuhrrekord mit 2,2 % hinter den Erwartungen zurück. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit stiegen nominal um 0,2 % – bei 1,8 % Inflation, 3,7 % Zuwachs der Arbeitsproduktivität und gemessen an einem Volkseinkommen, das mit 2,7 % fast so stark zunahm wie das nominale BIP (2,8 %). Der Anteil des Arbeits- am Volkseinkommen fiel auf 69 %. In Verbindung mit der gestiegenen Abgabenbelastung blieb netto – trotz Verminderung der Sparquote von 11,4 % auf 10,9 % nicht genügend »übrig«, um die nach wie vor lahrende Binnenkonjunktur anzukurbeln. Reduzierte Skalenerträge gefährden aber nicht nur die Exportchancen, sondern erhöhen auch den ohnehin hohen Rationalisierungsdruck – ein Teufelskreis.

Außenwirtschaftsförderung

Nicht nachlassen!

Eines der klassischen Instrumente der Außenhandelsförderung ist die finanzielle Unterstützung für Auftritte deutscher Unternehmen auf ausländischen Fachmessen. 1998 stehen mehrere Großveranstaltungen im Vordergrund, darunter die Expo '98 in Lissabon und die Konsugerma in Shanghai. Deren Kosten zehren am Gesamtetat von 70 Mio. DM und führen dazu, daß erheblich weniger Auslandsmessen berücksichtigt werden können als in den Vorjahren – wenn der Etat nicht noch erhöht wird.

Unumstritten ist das Instrument indessen nicht. Die Prognos AG, Basel, untersuchte in einer Studie die Kooperationschancen mittelständischer Unternehmen im

Auslandsgeschäft. Die Messebeteiligung wird darin ambivalent gesehen: »Ob auf diesem Weg der konkrete Zugang zum Distributionsnetz und/oder das Finden eines lokalen Partners für eine Zusammenarbeit gelingt, ist stark zufallsabhängig. Ausschlaggebend sind die adäquate Wahl der Messe und die Produktpräsentation sowie die Eigeninitiative des Unternehmens.« (prognos trendletter 4/97). Das Unternehmen empfiehlt daher eine Verstärkung der Unterstützung vor Ort, vorzugsweise in den neuen Wachstumsregionen in Lateinamerika, Osteuropa und Asien.

Ein weiteres klassisches Instrument der Außenhandelsförderung, die staatliche Exportkreditversicherung (HERMES), ist in die politische Diskussion geraten, nachdem Vorschläge gemacht wurden, neben rein wirtschaftlichen auch Sicherheits- und Umweltziele in den Kreis der Kriterien aufzunehmen, nach denen in Zukunft über Anträge entschieden werden soll. Von der Exportwirtschaft, vor allem dem Maschinenbau, wird ein solches Vorhaben vehement abgelehnt, statt dessen, so wird gefordert, müsse das bewährte Instrument rascher und besser an den Wandel der weltwirtschaftlichen Strukturen im Zuge der Globalisierung angepaßt werden.

Europäische Union

Electronic Commerce

Kommt der virtuelle Staat?

Die EU sowie die meisten ihrer Mitgliedstaaten fördern den Wirtschaftsverkehr via Internet in der Hoffnung, dadurch zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit insgesamt beizutragen. Dienstleistungs-, aber auch Industriebranchen haben die neue technische Möglichkeit inzwischen angenommen, an Datensicherheitskonzepten, Echtheitsprüfungen und anderen Standards wird gearbeitet. Allmählich aber fängt dieser Erfolg an, den öffentlichen Förderern Kopfschmerzen zu bereiten.

Direkte Steuern werden an der Quelle erhoben. Wenn ein Inder via Internet einen Computer in Deutschland wartet, wo ist dann die Quelle? – Indirekte Steuern knüpfen, ohne Ansehen der Person, an Vorgänge an, zum Beispiel dem Verkauf einer Ware. Der Verkauf via Internet bleibt im Prinzip im Verborgenen. – Damit der electronic commerce richtig »brummt«, wird an »cyber cash« gearbeitet, an virtuellem Geld. Mit wachsendem Umfang der Transaktionen via Internet können unkontrollierte »Nebenwährungen« ohne adäquate Geldmengensteuerung entstehen.

Dem Staat als Fiskus und als Träger der Währungspolitik schwimmen im Internet unweigerlich die Felle weg. Die »Cyberisierung« dürfte die Globalisierung an Dynamik schon jetzt übertreffen. Bald wird alles und jeder *auch*, manches *nur* im Internet verfügbar sein: Kommt (schließlich) der virtuelle Staat?

Heranführung

Herein! (bitte Schuhe abputzen!)

Die EU-Osterweiterung soll beiden Seiten nutzen: den alten und den neuen Mitgliedern. Die alten versprechen sich außer neuen wirtschaftlichen Chancen im engeren Sinn eine Ausdehnung der eigenen hohen Umweltstandards mit dem Ziel, die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung einzudämmen. Nach EU-Berechnungen müßten die Beitrittskandidaten während der nächsten 10 Jahre allein dafür jeweils 3 % ihrer Bruttoinlandsprodukte aufwenden, doppelt so viel wie bisher. Hier ist also Hilfe nötig.

Die Hilfen zur allgemeinen Heranführung aus dem PHARE-Programm werden deshalb unter anderem ergänzt durch ein Programm namens ISPA (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession – Instrument für Strukturpolitik in der Phase vor dem Beitritt). Neben Umweltprojekten werden damit insbesondere Verkehrsinfrastrukturvorhaben mitfinanziert, welche das Zusammenwachsen durch den Ausbau alter und den Bau neuer Ost-West-Verkehrswege erleichtern soll. Es darf angenommen werden, daß große Teile der bereitgestellten Mittel durch die Investitionstätigkeit im Osten in die alten EU-Länder zurückfließen werden.

Referenzzinssätze

Nach FIBOR kommt EURIBOR

Geldmarktzinsen, variabel verzinsliche Anleihen, aber auch derivative Finanzierungsinstrumente werden an sogenannten Referenzzinssätzen orientiert (zum Beispiel: FIBOR+0,5). Die wichtigsten europäischen Sätze sind der LIBOR und der FIBOR (die London bzw. Frankfurt Interbank Offered Rate). Mit Gründung der EWU zum 1. Januar 1999 werden der deutsche FIBOR und der französische PIBOR abgelöst durch den EURIBOR (European Interbank Offered Rate), von dem erwartet wird, daß er das Erbe des FIBOR in seiner europaweiten Geltung antreten wird.

Der EURIBOR wird als gewichteter Durchschnittzinssatz aufgrund der Meldungen von 64 europäischen Geschäftsbanken ermittelt und veröffentlicht, darunter 12 deutschen Instituten. Gemeldet werden Abschlüsse mit Laufzeiten zwischen einem Monat und zwölf Monaten. Informationen über sogenannte Übernacht-Geschäfte (Overnight Rate) dagegen wird ergänzend die Europäische Zentralbank zusammentragen und veröffentlichen.

Europäische Investitionsbank

Stumme Kraft

Mit der Diskretion einer Bank leistet die EIB im Stillen Hilfe in einem Umfang, der sie berechtigt, sich selber als bedeutendsten nichtstaatlichen Emittenten weltweit zu bezeichnen. Neben der überstaatlichen Wirtschaftsförderung in ihren vielfältigen Formen ist mit wachsender Bedeutung die EIB getreten, um mit ihren Mitteln An-

schubhilfe zu leisten bei lohnenden Investitionen. Dieses »Lohnen« kann – aufgrund einer EIB-Initiative zur Ergänzung des Amsterdamer Vertrags (genannt Amsterdam Special Action Programme, ASAP) – auch darin bestehen, daß dauerhaft Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Vorlage des Jahresberichts aber ist Anlaß, die Öffentlichkeit zu suchen: Im abgelaufenen Jahr gewährte die Bank Darlehen in einem Gesamtwert von 26,2 Mrd. Ecu (1 Ecu entspricht 1,97 DM). Über die Hälfte davon kamen der Regionalentwicklung zugute (14,4 Mrd. Ecu), wobei Projekten, die in öffentlich-privater Partnerschaft realisiert werden, der Vorzug gegeben wird vor rein staatlichen Vorhaben. Die Mittel für ASAP (2,2 Mrd. Ecu waren Ende 1997 genehmigt) fließen vorzugsweise in personalintensive Branchen wie Gesundheitsfürsorge und Bildung.

Amerika

Kanada

Die Mühen der Ebene

Ein ausgeglichener Staatshaushalt entspricht einem der elementaren Budgetgrundsätze und sollte deshalb der Normalfall sein. Kanada hat diesen Normalzustand nach langen Mühen und erstmals seit 18 Jahren erreicht. Von der Verzahnung mit anderen politischen Zielen abgesehen, steht die kanadische Finanzpolitik jetzt nur noch vor der Aufgabe, den auf 71 % des Bruttoinlandsproduktes angewachsenen Schuldenberg abzutragen. Die solide Finanzpolitik ist eine wichtige Stütze der Binnenkonjunktur, die mit einem erwarteten BIP-Wachstum von 3,5 % selbst der US-amerikanischen den Rang ablauft. Daneben dient sie innenpolitischen Zielen, die (mit Blick auf die abtrünnige Provinz Québec) unter dem Schlagwort »Erhalt der nationalen Einheit« zusammengefaßt werden können.

Aber auch die reformierte kanadische Volkswirtschaft schafft es nicht, die arbeitswillige Bevölkerung zu beschäftigen. Der Schaffung neuer Arbeitsplätze im privaten Sektor steht der Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Bereich gegenüber. Die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung verstärkte, wie beabsichtigt, den Druck auf die Arbeitslosen, sich um Arbeit zu bemühen, da es aber an Angeboten fehlt, stieg die Arbeitslosenquote weiter an. Besonders benachteiligt sind Jugendliche, die naturgemäß ohne Berufserfahrung sind und deshalb kaum zum Zuge kommen. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt seit fast 10 Jahren unverändert 15 % (gegenüber einer Arbeitslosenquote von 9 % insgesamt).

Mexiko

Unruhiges Fahrwasser

Die Peso-Krise von 1994 ist längst aus den Schlagzeilen geraten. Die Folgen sind aber noch nicht überwunden. Die faulen Kredite, die sich auf viele Milliarden belaufen, engen die Kreditspielräume der Banken ein. Peso-Kredite kosten mittlerweile 30 %

Zinsen (erwartete Inflationsrate 1998: 13,2 %), die Aufnahme von Devisen-Krediten wird von der Regierung erschwert, um die Auslandsverschuldung nicht weiter zu erhöhen, und ist dem mexikanischen Mittelstand ohnehin nicht möglich.

Die Abhängigkeit vom Erdöl ist stark reduziert – was die mexikanischen Exporte angeht; hier sank der Anteil auf 10 % (und stieg der Anteil industrieller Produkte auf 80 %). Die Staatseinnahmen aber hängen immer noch zu 40 % vom Erdöl ab, und der Preisverfall im Zuge der Asienkrise führte zu einer Haushaltskorrektur, der unter Umständen weitere folgen können. Die Asienkrise verschärft zudem den Preiswettbewerb und schwächt die Auslandsposition der Mexikaner, deren wirtschaftliche Blüte entscheidend von Exporten abhängt. Die Binnenkonjunktur wiederum hängt stark von öffentlichen Aufträgen ab, die gekürzt werden müssen. Die Wachstumserwartung wurde entsprechend von über 7 % auf unter 5 % hinuntergeschraubt.

USA

Hohes Außenhandelsdefizit

Nach sieben fetten Jahren werden erstmals abnehmende Tendenzen in der amerikanischen Konjunktorentwicklung erkennbar. Dabei wirken ein altes und ein neues Problem zusammen: das traditionell hohe Außenhandelsdefizit und die aktuelle Asienkrise. Das Defizit gegenüber Japan nahm um 17 % auf über 55 Mrd. \$ zu, dasjenige gegenüber China wuchs sogar um 26 % auf knapp 50 Mrd. \$. Insgesamt belief sich das Defizit auf fast 114 Mrd. \$. Während die Ausfälle bei Banken und ausbleibende Abschlüsse der Industrie- und der übrigen Dienstleistungsunternehmen eher heruntergespielt werden, kann doch nicht übersehen werden, daß die Krise vieler asiatischer Währungen den Dollar stärken und die Exportchancen der amerikanischen Wirtschaft insgesamt verringern.

Fragen Sie das Internet

Die Präsenz im Internet von Unternehmen, Behörden und Verbänden ist in Amerika ungleich größer als in Deutschland. Für deutsche Exporteure und Investoren folgt daraus nicht nur, daß sie sich in den USA ebenfalls um eine solche Präsenz bemühen sollten, das Internet entfaltet schon in der Vorbereitungsphase seinen Nutzen, nämlich bei der Informationsbeschaffung über mögliche Partner. Wer Lieferanten, Kooperationspartner, Handelsvertreter oder auch mögliche Abnehmer sucht, findet im Internet über die bekannten Suchmaschinen Hinweise auf das Marktpotential, auf Interessenvertretungen, mögliche Helfer und nicht zuletzt auch die gewünschten Partner selber (mit meistens ausführlichen Selbstdarstellungen). Es gilt als sträflicher Leichtsin, allgemein zugängliche Informationen nicht zu nutzen, die »Websites« (die Internet-Auftritte) gehören dazu.

Aloha ade

Hawaii gilt vielen als Traumreich außerhalb der Alltagswelt, als Inselparadies, das sich weit weg von Konjunkturen und Krisen in unvergänglicher Schönheit jedem auftut, der den Weg dorthin findet. Der 50. Bundesstaat der USA ist aber kein Paradies. Die Stagnation, die praktisch schon die ganzen 90er Jahre über andauert, droht nun in eine Rezession einzumünden.

Die Probleme resultieren aus der Asienkrise, welche Auslandstouristen (vor allem aus Japan), aber auch ausländische Direktinvestitionen ausbleiben läßt, daneben aber auch aus einigen in guten Zeiten überdeckten hausgemachten Störfaktoren. Hierzu zählen ein eher unfreundliches Investitionsklima, hohe Steuern, staatliche Überregulierung und widerständige Gewerkschaften. Bei hoher Attraktivität des Standortes wurde in der Vergangenheit manche Schwierigkeit noch überwunden, die sich jetzt – bei verschlechterten Erwartungen – als hemmend auswirkt. Das Budget zur Förderung des Fremdenverkehrs soll helfen, die Krise zu überwinden, aber mit 60 Mio. \$ jährlich kann den 1,2 Mio. Einwohnern sicherlich nicht die Zukunft auf den Inseln gesichert werden.

MERCOSUR

Kleine Schritte

Die Entwicklung der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ist so solide verlaufen, daß die Asienkrise nicht existenzbedrohend wirkt. Gleichwohl sind die Unterschiede in den Grundauffassungen immer noch sehr hoch, und der Fortschritt im Anpassungsprozeß ist entsprechend gering. Argentinien setzt auf den Binnenmarkt und hat den Peso durch die Bindung an den Dollar stabilisiert, aber dadurch auch seiner Pufferfunktion beraubt. Brasilien dagegen setzt weit stärker auf die weltwirtschaftliche Verflechtung, ist deshalb von der Asienkrise am stärksten betroffen, hat seine Währung aber inzwischen auch an den Dollar gekoppelt (dessen derzeitige Stärke freilich zu einem kontrollierten schleichenden Abwertungsprozeß Anlaß gibt).

Die Entwicklung der Gemeinschaft, der ferner Paraguay und Uruguay angehören, verläuft ausgesprochen schleppend. Für die schrittweise Liberalisierung der Dienstleistungsbranchen wurde ein Zeitraum von zehn Jahren ins Auge gefaßt. Bei öffentlichen Aufträgen sollen Interessenten aus allen Mitgliedsländern gleichbehandelt werden. Hinsichtlich der Erweiterung der Gemeinschaft und dem Abschluß gemeinsamer Abkommen auf dem Weg zur Panamerikanischen Freihandelszone bestehen nach wie vor fundamentale Differenzen.

Asien und Australien

Israel

Historische Öffnung im Jubiläumsjahr

Die bis heute durchgehaltene bedingte Isolierung des Landes im weltwirtschaftlichen Verbund soll 50 Jahre nach Staatsgründung offenbar abgebaut werden. Der Zentralbankchef kündigte an, der Schekel werde bald konvertierbar sein, die Devisenbewirtschaftung ist bereits schrittweise aufgehoben worden, und ausländischen Banken werde der Zutritt zum israelischen Markt eröffnet werden. Der Staat wird sich weiter aus der Wirtschaft zurückziehen, Monopole aufgeben, Staatsunternehmen privatisieren und überhaupt sich stärker an internationalen Standards (Stichwort: Globalisierung) orientieren. Die Ausrichtung auf Europa und der Beginn der EWU dürften bei diesen Entschlüssen (neben dem historischen Datum, dem 30. April) eine wichtige Rolle gespielt haben.

China

Durchblick unerwünscht

Auf Chinas Wirtschaft sitzt fest der politische Deckel der Einheitspartei, die nach eigenem Bekunden das Land zusammenhält, ohne die jedenfalls ähnliche Verhältnisse wie in der zerfallenden Sowjetunion herrschen würden, wie immer wieder betont wird. Haushaltsgesetze, Ankündigungen, Statistiken aller Art sind nicht nur hier oder da etwas geschönt, sondern grundsätzlich unzuverlässig. Siegfried Thielbeer rechnete in der Frankfurter Allgemeinen vor, daß die Zentralregierung 1998 offenbar zu mehr als 100 % auf Kredit lebt – wenn man die unterschiedlichen Angaben zusammenführt.

Das Bankensystem ist marode, wie bekannt. Die Staatsunternehmen (mit schätzungsweise 70 % Hauptschuldner der Banken) sind überwiegend bankrott (ihre Schulden erreichen die Höhe des BIP). Sie dienen hauptsächlich dazu, Vermögenswerte auf dem Papier mitführen zu können, die in Wirklichkeit abzuschreiben sind, sowie Arbeiter aus der Arbeitslosenstatistik heraus- und von der Straße fernzuhalten. Ein produktiver Zusammenhang zwischen privater Ersparnisbildung und Finanzmitteln für private Investitionen entsteht nicht, weil wichtige Finanzmarktinstrumente fehlen und Ersparnisse deshalb ins Ausland abwandern. Und dann ist da noch der Stolz, der die Regierung dahin hindert, sich beraten zu lassen. Wieviel Verlaß ist wirklich auf die Ruhe, die das Land so demonstrativ ausstrahlt?

Japan

Es war einmal ein Riese

Die Asienkrise ließ viele hilfeschend nach Japan schauen. Obwohl die Hilfe keineswegs ausblieb, wurde mit Enttäuschung registriert, daß sie geringer ausfiel als erwartet. Hinter der Asienkrise steckt nämlich die Krise der japanischen Binnen-

konjunktur, welche die Regierung im letzten Jahr durch unzeitgemäße Abgabeforderungen zum Stillstand brachte. Kern der japanischen Krise sind verschleppte Probleme im Finanzsektor (man schätzt die uneinbringlichen Kredite mittlerweile auf 15 % des gesamten Kreditvolumens) sowie ein regulierungswütiger Staat, der zudem das Bestreben hat, die Binnenwirtschaft gegenüber den Weltmärkten einseitig abzuschotten.

Die Probleme sind nicht eigentlich neu. Die kritische Lage insgesamt aber verschärft sie derart, daß Maßnahmen erforderlich geworden sind, auf die man lange gewartet hat. Das strikte Trennsystem zwischen Güter- und Finanzmärkten soll aufgegeben werden, auch Nichtbanken sollen Finanzdienstleistungen anbieten dürfen, darunter verstärkt ausländische. Schon zum 1. April sollen deshalb alle bis dahin noch geltenden Devisenbeschränkungen wegfallen. Die Erwartungen, die international mit den Ankündigungen verbunden werden, sind recht gedämpft – zu oft schon sind sie in der Vergangenheit enttäuscht worden. Aber selbst wenn es gelingt, die japanische Binnenkonjunktur nachhaltig anzukurbeln, bleiben ein paar große Probleme zu lösen, darunter: Haushaltsdefizite in der Größenordnung von 5 % des BIP und Staatsschulden von mehr als 100 % des BIP.

Australien

Im Kernschatten

Australien war gerade dabei, vom Aufschwung der südostasiatischen Tigerstaaten zu profitieren, als die Märkte massiv wegbrachen: immerhin 60 % der australischen Exporte gehen in die Krisenregion. Für die verbleibenden Exporte mußten Preis einbrüche hingenommen werden, und große Exportunternehmen sahen sich mit der Weigerung ihrer Hausbanken konfrontiert, Akkreditive von Banken aus der Krisenregion weiterhin anzuerkennen. Hinzu kam, wie immer bei solchen Entwicklungen, daß der Fremdenverkehr überproportional zurückging. Nun muß die Regierung versuchen, die nötigen Strukturreformen im Land ohne die dabei sonst so hilfreichen Exporterfolge durchzuführen.

Als Sofortmaßnahme wurde ein Programm »Investieren für Wachstum« aufgelegt, das praktisch das ganze Land in eine Zollfreizone verwandelt. Der Veredelungsverkehr und die Einfuhr von Gütern, die für die Produktion von Ausfuhr-
gütern eingesetzt werden, werden im Ergebnis weitgehend von Zöllen freigestellt.

Afrika

Namibia

Deutsch geprägt

Eine Generation lang war Südwestafrika deutsche Kolonie. Nach einer wechselvollen Geschichte und nunmehr acht Jahren der staatlichen Unabhängigkeit ist die deutsche Prägung Namibias immer noch unübersehbar, ja gewollt. Die deutsche

Entwicklungshilfe fiel, nicht zuletzt der Tradition wegen, reichlicher aus – trotz erheblicher politischer Vorbehalte auf beiden Seiten, und sie galt gezielt Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere Straßenbauprojekten. Deutschland ist der größte Außenhandelspartner, und deutschstämmige Familien spielen eine bedeutende Rolle im wirtschaftlichen Leben des Landes.

Die Wirtschaft wächst überdurchschnittlich, die Inflationsrate ist auf unter 10 % gefallen, und der Standort gewinnt zunehmend an Attraktivität. Die Land ist mit 2 Einwohnern je Quadratkilometer (1,6 Mio. Einwohner insgesamt) dünn besiedelt. Die Handelsbilanz schloß positiv ab (Exporten im Wert von 1,5 Mrd. \$ standen Importe von 1,4 Mrd. \$ gegenüber). Die Reise des deutschen Bundespräsidenten nach Windhuk unterstrich die Bedeutung des Landes für die deutsche Wirtschaft.

Europa

Österreich

Zielgerade lässig überschritten

Zwei der fünf Kriterien waren zu Beginn des entscheidenden Jahres 1997 noch nicht erfüllt: Budgetdefizit und Schuldenstand, eines davon wurde mit offenbar geringer Mühe erreicht, das andere, der Abbau der Staatsschulden von 66,1 % auf die höchstzulässige Marke von 60 %, soll in aller Gemütsruhe bis zum Jahr 2001 oder auch 2005 erfolgen. Die EURO-Fähigkeit wird allgemein nicht in Zweifel gezogen, die »Gletschergeschwindigkeit« der Schuldenrückführung hat dem Land gleichwohl verhaltene Kritik eingetragen. Die Rahmenbedingungen lassen nämlich durchaus größere Anstrengungen zu, wie die OECD vorgerechnet hat.

Frankreich

Punktlandung

Frankreich erfüllt (neben Luxemburg und Finnland) als einziges großes EU-Mitglied alle Bedingungen für die Aufnahme in die EWWU (abgesehen von Großbritannien, das zur Zeit nicht beitreten will). Die größte Mühe machte der neuen Regierung die 3 %-Hürde für das Budgetdefizit. Ähnlich wie für Deutschland, gilt für Frankreich, daß die Arbeitslosigkeit als größtes Problem des Landes (die Arbeitslosenquote liegt über 12 %) in dieser Betrachtung nicht direkt erscheint. Der Sparzwang läßt keinen Spielraum für staatliche Beschäftigungsprogramme. Es bleibt die Hoffnung auf einen sich selbst tragenden Aufschwung und auf die Kräfte des Marktes. Bleibt der Erfolg aus, drohen soziale Auseinandersetzungen großen Ausmaßes.

Italien

Am Ziel?

Die Entschlossenheit der Italiener, ihre alte Lira in EURO zu tauschen, erinnert an diejenige der DDR-Bürger, ihre alte Mark in D-Mark zu tauschen, und wird diesseits und jenseits der Alpen ähnlich »asymmetrisch« beurteilt. Die Länder mit längerer Hartwährungstradition bewundern zwar die Energie, mit der Italien praktisch aus dem Stand vier der fünf Maastricht-Kriterien erfüllt hat, hegen aber Zweifel an der Nachhaltigkeit. Die größte Hypothek stellt der über Jahre gewachsene Schuldenberg dar (mit 123 % des BIP mehr als doppelt so hoch wie zulässig), der bis zum Jahr 2010 auf 60 % abgebaut werden soll. Von der nötigen Ausdauer über alle zu erwartenden Regierungswechsel hinweg abgesehen, fehlt Vertrauen in die dieser Absicht zugrundeliegenden Annahme, daß die italienische Wirtschaft in dieser Zeit jährlich um durchschnittlich 4,5 % wachsen werde (nominal zwar nur, aber bei anhaltend niedrigen Inflationsraten). Luftanhalten bis zum Maßnahmen reicht nicht.

Die am Defizitkriterium zu messende Ausgabendisziplin konnte bei einem Ausgabenwachstum von 4,7 % nicht attestiert werden (zum Vergleich: das nominale BIP wuchs nur um 4,2 %). Das italienische Statistikamt rechnete aber kürzlich vor, daß allein die Ankündigung, die Kriterien erfüllen zu wollen, Finanzströme auslöste, die Zinsersparnisse in Höhe von 1,3 % des BIP gebracht haben (das eigentliche »Paket für Europa« der Regierung dagegen nur 0,6 %). Dieser positive Effekt würde voraussichtlich, ins Negative verwandelt, wiederkehren, wenn Italien nicht in die EWU aufgenommen werden sollte: Die Beobachtung des gesamtwirtschaftlichen Geschehens ist ein fester Bestandteil dieses Geschehens selber.

Portugal

Erfolgsgeschichte

Vor zwei Jahren war Portugal im Bewußtsein der übrigen EU-Mitglieder alles andere als ein sicherer Kandidat für den Start der EWU. Heute unterscheiden sich die Werte der Kriterienerfüllung nicht wesentlich von den deutschen: eine Erfolgsgeschichte, die den Vorzug hat, daß die Nachhaltigkeit der Entwicklung nicht in Frage gestellt wird. Der Wandel in den Rahmendaten kann geradezu die Richtigkeit der gemeinsam festgelegten Kriterien illustrieren. Die Ausrichtung der portugiesischen Außenwirtschaft auf den europäischen Binnenmarkt erwies sich als überwiegend positiv: Die Asienkrise blieb ohne spürbare Folgen, die Escudo-Abwertung gegenüber dem Dollar allerdings auch ohne größere Vorteile, da die Währung im europäischen Verbund stabil blieb. Deutschland ist neben dem großen Nachbarn Spanien der wichtigste Handelspartner. Die portugiesischen Exporte liegen noch weit unter den Importen.

Rußland

Von nun an geht's voran

Nach westlichen Maßstäben beurteilt, ist Rußland noch weit von der Normalität entfernt, die zusammenbruchartigen Rückschläge der letzten Jahre scheinen aber der Vergangenheit anzugehören. Von nun an, endlich, geht's voran. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm 1997 leicht zu (um 0,5 %), die Ausfuhr konnte gehalten werden, die Inflationsrate sank sogar stärker als geplant auf etwa 10 %, das Budgetdefizit lag mit 7 % des BIP unter dem Wert des Vorjahrs (8,8 %) und über dem für 1998 geplanten Wert von 5 %.

Die Privatisierung, eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Mobilisierung wirtschaftlicher Initiative im Land, kommt auf breiter Front allerdings nur schleppend voran. Die Entflechtung des ehemals allumfassenden staatlichen Sektors leidet nicht zuletzt unter typisch russischen Teufelskreisen. Der Regierung gelingt es nicht, ausreichend öffentliche Einnahmen aus Steuern zu erzielen, sie beleiht deshalb Staatsbetriebe, kann die Kredite nicht zurückzahlen und überläßt den Banken die Betriebe als Pfand, die Privatisierung wird fraglich, und das Kapital für private Übernahmen ist dem Bankensektor entzogen worden. Oder: Die Regierung schuldet den Bediensteten in den Staatsbetrieben monatelang die Gehälter, die Betriebe führen keine Steuern ab, die aufgelaufenen Schulden stehen der Privatisierung im Weg. Der allgemeine Geldmangel führt seit einiger Zeit dazu, daß (wieder) vermehrt Tauschgeschäfte abgeschlossen werden.

Erfreulich ist, daß die Beteiligung weiterer Regionen am wirtschaftlichen Erholungsprozeß (außer Moskau und Petersburg) spürbar wird. Mag es dabei mitunter auch »wild« zugehen, so ist die grundsätzliche Orientierung auf die Weltmärkte hin doch zu begrüßen. Sie eröffnet zugleich den dringend benötigten weiteren ausländischen Investoren neue Möglichkeiten. Für die nächsten sechs bis sieben Jahre erhoffen sich die Russen jedenfalls insgesamt Direktinvestitionen im Umfang von 100 Mrd. \$.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

Der neue Ratgeber zur EU-Förderung

Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. Loseblattwerk in 3 Ordnern mit CD-ROM. Ca. 3500 Seiten. 248 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3 87156 090 1.

Die Europäische Union bewegt große Finanzmassen und verteilt sie dabei um. Die zu leistenden Beiträge der Bürger an die EU besorgen sehr effektiv die Mitgliedstaaten im Wege der Steuererhebung, um die Leistungen der EU an die Unternehmen müssen sich die Unternehmen selber kümmern. Das ist bekanntlich nicht immer einfach: Wohl dem, der gut beraten ist.

»Der neue Ratgeber zur EU-Förderung« stellt dem Leser zunächst einen Leitfaden zur Verfügung – nicht um die Sache kompliziert, sondern um die komplizierte Sache einfach zu machen. Ergänzt werden diese allgemeinen Hinweise um Länderinformationen, wichtige Adressen, kurze Vorstellungen der europäischen Institutionen und der europäischen Datenbanken sowie schließlich um ein Stichwortregister und ein Glossar. Dem bequemen Umgang mit den vielfältigen Inhalten dient nicht zuletzt die CD-ROM, die alle zwei Monate beiliegt. Wer an Informationen über aktuelle Ausschreibungen interessiert ist, greift jeden Monat zuerst zu den blauen Seiten.

Der Hauptteil umfaßt die eigentlichen europäischen Förderprogramme: Im Kern sind die authentischen Richtlinien-texte (in deutscher Sprache) enthalten, ergänzt um redaktionelle Ergänzungen, die den Umgang mit den zum Teil nicht leicht zu überschauenden Texten bedeutend erleichtern. Eine weitere Hilfe stellt die systematische Gliederung nach den Hauptbereichen dar: Grundlagenforschung und industrielle Technologien, Umweltschutz, Energie, Außenwirtschaft, Aus- und Weiterbildung sowie Soziales.

Die europäische Förderung ergänzt die Wirtschaftsförderung des Bundes und der Länder. Sie dient dazu, wirtschaftliche Aktivitäten in Richtungen zu lenken, die als zukunfts-trächtig angesehen werden. Die Förderung verändert die Wettbewerbsbedingungen zugunsten der geförderten Bereiche, kommt dabei allerdings naturgemäß nur denjenigen zugute, die den mitunter mühevollen Weg zu den Geldtöpfen nicht scheuen. Dieser Ratgeber mit seinen Hilfen, seinen umfassenden und aktuellen Informationen macht den Weg dahin leicht.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 2/98. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, April 1998: Deutscher Wirtschaftsdienst.